

OA-UPDATE SÜDOSTEUROPA

OA-Update 03 / 21. Oktober 2026



Mit diesem Update blicken wir auf dynamische Entwicklungen in einigen Ländern der Region zurück und informieren Sie über anstehende Termine.

Seit dem 20. Oktober hat Rumänien eine neue Regierung. In Serbien stehen am 25. Oktober vorgezogene Parlamentswahlen an. In Bosnien und Herzegowina wurde bereits am 4.

Oktober gewählt. Das kosovarische Parlament hat kurz vor Auslaufen der vom Verfassungsgericht gesetzten Frist eine neue Präsidentin gewählt und damit erneute Parlamentswahlen abgewendet. Über diese und weitere Entwicklungen in der Region und Termine auf europäischer Ebene, die die Region betreffen, berichten wir in der Rubrik Wirtschaftspolitik.

In der Rubrik Konjunktur haben wir für Sie die jüngsten Handelszahlen des Ost-Ausschusses für den Zeitraum Januar bis August 2026 zusammengefasst und die aktuellen Wachstumsprognosen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) für die Länder Südosteuropas ausgewertet.

Wie immer werfen wir einen Blick auf anstehende Veranstaltungen, den Rückblick gibt es im nächsten Update. Dafür haben wir in der Rubrik Tipps und Links wieder interessante Hinweise auf Sendungen, Artikel und Studien mit Bezug zu Südosteuropa und den Ländern des Westlichen Balkans für Sie zusammengestellt.

Alle Rubriken dieser Ausgabe hier im Überblick:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Veranstaltungsrückblick**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Am 15. und 16. Oktober tagte der **Europäische Rat** in Brüssel. Zentrale Themen des Treffens waren die Stärkung der Europäischen Wettbewerbsfähigkeit, Maßnahmen gegen hohe Energiepreise sowie Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen sowie Fragen der EU-Erweiterung. Mit Blick auf den Abschluss der Beitrittsverhandlungen bekräftigten die Staats- und Regierungschefs in den **Schlussfolgerungen** die Unterstützung der irischen Ratspräsidentschaft bei ihrem Ziel auf den vorläufigen Abschluss der verbliebenen Verhandlungskapitel mit Montenegro bis zum Jahresende hinzuarbeiten sowie die Arbeit am Beitrittsvertrag. Bereits am 13. Oktober hatte Montenegro drei weitere Verhandlungskapitel vorläufig schließen können. Damit sind 21 von 33 Verhandlungskapitel vorläufig geschlossen (SeeNews berichtet [hier](#)). Das Dokument zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates finden Sie [hier](#). EUalive fast [hier](#) die Ergebnisse des Europäischen Rates zusammen.

Bereits am 6. Oktober hatte die **Europäische Kommission ein Paket zu sogenannten Vor-Erweiterungsprüfungen** verabschiedet. Ziel ist es, die EU institutionell, politisch und finanziell auf künftige Erweiterungen vorzubereiten. Vorgesehen sind unter anderem Anpassungen in den Bereichen Governance, Haushalt und Politikgestaltung sowie neue Schutzklauseln, um die Einhaltung von Reformverpflichtungen auch nach einem Beitritt sicherzustellen. Zudem soll die schrittweise Integration von Kandidatenländern strukturierter und vorhersehbarer gestaltet werden. Im Rahmen des Erweiterungspakets 2026 kündigte die Kommission vorläufige Beitritts-Fahrpläne („indicative roadmaps“) für Montenegro, Albanien, Moldau und Ukraine an, sofern diese ihren Reformkurs fortsetzen. Die vier indikativen Beitritts-Roadmaps sollen nach den bisherigen Planungen zusammen mit dem 2026 Enlargement Package am 28. Oktober 2026 von der Kommission vorgestellt werden. EU Neighbourseast berichtet [hier](#). Dort finden Sie auch den Link zur Presseerklärung und den weiteren relevanten Dokumenten.

Vom 30. September bis 2. Oktober reiste **EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen** nach Albanien, Kosovo, Montenegro und Nordmazedonien, um die nächsten Schritte im EU-Beitrittsprozess sowie die schrittweise Integration der Region in den EU-Binnenmarkt zu erörtern. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Fortschritte bei Reformen, die Umsetzung des Sechs-Milliarden-Euro-Wachstumsplans für den Westbalkan sowie die Vorbereitungen auf einen möglichen EU-Beitritt. Die EU-Kommission betont dabei, dass die Erweiterung weiterhin eine strategische Priorität bleibt und die Europäische Union ohne den Westbalkan nicht vollständig sei. Besonders Montenegro, das im Beitrittsprozess als fortgeschrittenster Kandidat gilt, erhält weitere politische Unterstützung aus Brüssel. Die EU arbeitet bereits an konkreten Vorbereitungen für einen späteren Beitritt, darunter auch an einem möglichen Beitrittsvertrag und Maßnahmen zur schrittweisen Integration in den Binnenmarkt. Die EU-Kommission berichtet [hier](#).

Die Regierungen von **Bulgarien, Griechenland und Rumänien** haben am **29. September 2026** einen gemeinsamen Aktionsplan für 25 grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte mit einem Gesamtvolumen von rund 22,8 Milliarden Euro unterzeichnet. Geplant sind unter anderem der Ausbau von Bahnverbindungen, zusätzliche Donaubrücken sowie Investitionen in Straßen- und Hafeninfrastruktur. Ziel ist die bessere Anbindung zwischen Ägäis, Donau und Schwarzem Meer sowie die Stärkung von Handel, Logistik und wirtschaftlicher Integration in Südosteuropa. Die drei Staaten werben nun für eine entsprechende Berücksichtigung der Projekte im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2028. EUalive berichtet [hier](#).

Albanien

In Albanien eskalieren die **Proteste gegen die Regierung** weiter. Am 17. und 18. Oktober kam es wieder zu gewaltsamen Ausschreitungen. Dafür machte Premierminister Edi Rama die Opposition verantwortlich, die von ausländischen Kräften unterstützt werde. EUalive berichtet [hier](#). Entzündet hatten sich die Proteste bereits vor Wochen am Umgang mit einem Luxus-Investitionsprojekt des Schwiegersohns von Donald Trump in einem Naturschutzgebiet. Die seither als „Flamingo-Revolution“ bezeichneten Proteste liefen zunächst weitgehend friedlich. Hintergründe dazu können Sie in unserem [OA-Update Südosteuropa 02](#) nachlesen. Über die aktuellen Entwicklungen berichtet Der Standard [hier](#).

Im Rahmen der **Ergebnisse des Financial Sector Assessment Program (FSAP)** von **Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank** wurde am 30. September die positive Entwicklung des albanischen Finanzsektors hervorgehoben. Nach Einschätzung der Mission ist das Finanzsystem seit der letzten Bewertung in den Jahren 2013/14 deutlich widerstandsfähiger und diversifizierter geworden. Dazu beigetragen haben insbesondere die Modernisierung der Zahlungsinfrastruktur, die stärkere Finanzintermediation sowie die Einführung neuer digitaler Finanzdienstleistungen. Gleichzeitig betonten die Experten die Bedeutung weiterer Reformen, um die Resilienz des Sektors zu stärken, die Finanzierung der Realwirtschaft zu fördern und die Angleichung an EU-Standards weiter voranzutreiben. Albania Daily News berichtet [hier](#).

Bosnien und Herzegowina

Bereits am 4. Oktober fanden in Bosnien und Herzegowina Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von 42 Prozent konnten insbesondere nationalistische Parteien ihre Position ausbauen. Im dreiköpfigen Staatspräsidium behauptete der proeuropäische Sozialdemokrat Denis Becirovic seinen Sitz, während mit Darijana Filipovic (HDZ BiH) und Zeljka Cvijanovic (SNSD) zwei Vertreterinnen nationalistischer Parteien gewählt wurden. Auch in den Parlamenten dominierten ethnisch orientierte Parteien. Die bosniakische SDA blieb stärkste Kraft auf gesamtstaatlicher Ebene, während die SNSD des serbischen Nationalisten Milorad Dodik ihre führende Stellung in der Republika Srpska verteidigte. Die taz berichtet [hier](#).

Bulgarien

Immer wieder werden Schiffe vor der bulgarischen Küste Ziel von Drohnenangriffen. Zuletzt wurden zwei Handelsschiffe getroffen, wie *Der Spiegel* am 13. Oktober [hier](#) berichtet. Dabei sei eines gesunken, das andere von drei Drohnen getroffen, die Besatzung gerettet worden. Bereits am 6. Oktober 2026 waren Handelsschiffe Ziel von Drohnenangriffen. Damals sank ein unter togolesischer Flagge fahrende Frachter; die Besatzung wird noch vermisst. Ein zweites, unter der Flagge Palaus fahrendes Schiff geriet nach einem Angriff in Brand. Alle 18 Besatzungsmitglieder konnten gerettet werden, mehrere Verletzte wurden in Krankenhäuser nach Warna gebracht.

Wie die Deutsche Welle am 1. Oktober [hier](#) berichtet, entwickelt sich Bulgarien zu einem europäischen Vorreiter beim Bau von Batteriespeichern. Hintergrund ist der starke Zubau von Solaranlagen, der insbesondere zur Mittagszeit große Stromüberschüsse erzeugt. Mithilfe von Batteriespeichern kann dieser Strom gespeichert und in Zeiten höherer Nachfrage wieder ins Netz eingespeist werden. Unterstützt durch EU-Fördermittel sowie umfangreiche private

Investitionen hat Bulgarien seine Speicherkapazitäten in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut und gehört inzwischen zu den europäischen Spitzenreitern in diesem Bereich.

Kosovo

Nach Monaten politischer Blockade hat das Parlament des Kosovo am 6. Oktober 2026 kurz vor Ablauf der Frist, die das Verfassungsgericht zur Wahl gesetzt hatte, die Juristin Justina Shiroka Pula zur neuen Präsidentin des Landes gewählt und damit die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen abgewendet. Vorausgegangen war eine Einigung des amtierenden Ministerpräsidenten Albin Kurti und seiner Regierung mit der Opposition über die Annahme eines Gesetzes, das die Befugnisse des Kosovo-Sondertribunals in Den Haag beschränken soll. Die Zeit berichtet [hier](#).

Am 5. und 6. Oktober 2026 war es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei gekommen, nachdem Protestierende für die Annahme eines Gesetzentwurfs demonstriert hatten, der die Befugnisse des Sondertribunals zur Aufklärung von Kriegsverbrechen in Kosovo Ende der 1990er Jahre einschränken soll. Die am 6. Oktober 2026 vom Parlament verabschiedeten Änderungen umfassen unter anderem neue Zuständigkeitsregeln, die Einführung einer Höchststrafe von 15 Jahren, erweiterte Berufungsmöglichkeiten sowie die Möglichkeit von Begnadigungen durch den Präsidenten. Zudem sollen bestimmte Verfahren an kosovarische Institutionen übertragen werden.

Hintergrund der Proteste ist die am 16. September verkündete, erstinstanzliche Verurteilung des ehemaligen kosovarischen Präsidenten Hashim Thaci und weiterer früherer UCK-Kommandeure wegen Kriegsverbrechen durch das Kosovo-Sondertribunal, das Thaci zu 25 Jahren Haft verurteilt hat. Legal Tribune Online berichtet [hier](#).

Die Europäische Union äußerte am 8. Oktober 2026 Kritik an den vom Parlament in Kosovo verabschiedeten Änderungen des Gesetzes. Nach Einschätzung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS) könnten die Reformen die Unabhängigkeit des Sondergerichts beeinträchtigen und stehen im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen Kosovos gegenüber der EU. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Kroatien

Im Vorfeld des Treffens des Europäischen Rates am 15. und 16. Oktober legte Kroatien insgesamt acht Forderungen an Montenegro vor und machte deren Erfüllung zur Bedingung für die Schließung des Verhandlungskapitels 23 (Judiciary and Fundamental Rights). Es geht dabei um mehrere bilateralen Streitfragen aus der Zeit des Zerfalls Jugoslawiens. EUalive berichtet [hier](#).

Bei einem Treffen der Innenminister Kroatiens, Italiens und Sloweniens am 22. September 2026 sprach sich Kroatien für einen verstärkten Einsatz der EU-Grenzschutzagentur Frontex in Bosnien und Herzegowina aus. Nach Angaben des kroatischen Innenministers Davor Bozinovic gelangen mehr als 95 Prozent der irregulären Migrantinnen auf der Westbalkanroute über Bosnien nach Kroatien. Die drei Länder betonten die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit bei Migration und der Bekämpfung von Schleuserkriminalität. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Montenegro

In einem Interview am Rande des Civil Society and Think Tank Forums in Prishtina, zeigt sich Predrag Zenovic, Chefunterhändler Montenegros für den EU-Beitritt, optimistisch: Alle verbleibenden EU-Verhandlungskapitel könnten bis Ende 2026 abgeschlossen werden. Von 33 Kapiteln waren zu diesem Zeitpunkt bereits 18 vorläufig geschlossen. Trotz möglicher politischer Hürden insbesondere im Verhältnis zu Kroatien hält Zenovic einen EU-Beitritt im Jahr 2028 für realistisch. Montenegro lehnt dabei eine Mitgliedschaft „zweiter Klasse“ ab und pocht auf eine vollständige Gleichstellung mit anderen Mitgliedstaaten. Zudem betonte er die Bedeutung des Berlin-Prozesses für die regionale Zusammenarbeit und die Annäherung der Länder des Westlichen Balkans an die EU. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Am 24. September 2026 scheiterte im montenegrinischen Parlament eine Abstimmung über die Absetzung von Parlamentspräsident Andrija Mandic, da das notwendige Quorum nicht erreicht wurde. Anlass war eine Initiative der Opposition, nachdem Mandic nach dem Tod des wegen Völkermords verurteilten ehemaligen bosnisch-serbischen Militärführers Ratko Mladic öffentlich sein Beileid ausgesprochen hatte. Balkan Insight berichtet [hier](#) und Eualive [hier](#).

Nordmazedonien

Nach einem Treffen mit Ursula von der Leyen kündigte Nordmazedoniens Ministerpräsident Hristijan Mickoski am 2. Oktober 2026 an, offizielle Gespräche mit Bulgarien aufzunehmen, um die seit Jahren blockierten EU-Beitrittsverhandlungen wieder voranzubringen. Die Initiative erfolgt auf Anregung der EU und soll den Dialog zwischen beiden Ländern neu beleben. Hintergrund der Blockade ist die von Bulgarien geforderte Verfassungsänderung zur Anerkennung der bulgarischen Minderheit in Nordmazedonien, die Teil der von Frankreich verhandelten Einigung zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien ist, der von der Vorgängerregierung Mickoskis zugestimmt wurde. Intellinews berichtet [hier](#). Wie BNR News [hier](#) berichtet, trafen sich am 8. Oktober die Außenminister beider Länder am Rande der Interministeriellen Konferenz zum Korridor VIII zu Gesprächen in Sofia.

Rumänien

Der rumänische Präsident Nicusor Dan hat am 5. Oktober 2026 den Diplomaten und bisherigen stellvertretenden Außenminister Luca Niculescu mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Am 20. Oktober hat das Parlament seinen Vorschlag für ein neues Kabinett gebilligt und ihn zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Damit endet eine fünfmonatige Regierungskrise in der vorher drei Versuche zur Bildung einer Regierung gescheitert waren. Die Zeit berichtet [hier](#).

Am 14. Oktober 2026 wurde ein unter der Flagge der Komoren fahrender Chemie- und Produkttanker nahe der rumänischen Hafenstadt Sulina in rumänischen Hoheitsgewässern offenbar von einer Drohne getroffen. An Bord brach ein Feuer aus, das von der Besatzung gelöscht werden konnte. Verletzte gab es nicht. Die rumänischen Behörden untersuchen den Vorfall noch. Eualive berichtet [hier](#).

13. Oktober 2026 hat DP World ein Elektrifizierungsprojekt im Wert von 53,8 Millionen Euro am Containerterminal im Hafen Constanța gestartet. Das Vorhaben umfasst die Elektrifizierung von Terminalanlagen, den Aufbau von Ladeinfrastruktur für elektrische Hafenfahrzeuge sowie Landstromanlagen, damit Schiffe während der Liegezeit mit Strom statt

fossilen Brennstoffen versorgt werden können. Das Projekt wird teilweise von der Europäischen Union kofinanziert und soll bis August 2028 abgeschlossen werden. Romania Insider berichtet [hier](#).

Serbien

Am 25. Oktober 2026 stehen in Serbien vorgezogene Parlamentswahlen an. Zuvor hatte der serbische Präsident Aleksandar Vucic am 27. September 2026 seinen Rücktritt erklärt. Vucic kann dadurch die Liste seiner Partei SNS anführen und das Amt des Ministerpräsidenten anstreben, sollte seine Partei eine entsprechende Mehrheit im Parlament erreichen. Nach zwei Amtszeiten konnte Vucic laut Verfassung nicht mehr für das Amt des Präsidenten kandidieren. Er macht nun den Weg für vorgezogene Präsidentschaftswahlen frei, deren erste Runde noch vor Jahresende stattfinden soll.

Seit dem Einsturz des Bahnhofsvordachs in Novi Sad vor knapp zwei Jahren protestieren Studenten gegen Korruption und Machtmissbrauch. Eine zentrale Forderung war, die nach freien und fairen Wahlen. Neuwahlen sind nun angesetzt, ob diese tatsächlich frei und fair werden stellen Beobachter allerdings in Frage.

Aus der Studentenbewegung ist die sogenannte Studenten Liste hervorgegangen, die die amtierende Koalition unter Führung der SNS herausfordert. Die Studierenden haben landesweit 250 Kandidaten für die Liste ausgesucht, die den Durchschnitt der Bevölkerung repräsentieren, darunter Professoren, Lehrer, Ärzte, Wissenschaftler, Ingenieure, Juristen, Landwirte und Arbeiter aus allen Teilen Serbiens. Der mdr berichtet [hier](#).

Welcher Wahlausgang ist denkbar? Der Sieg der amtierenden Koalition ist ebenso denkbar wie ein Wahlerfolg für die Studenten Liste. Denkbar ist auch eine Situation, in der beide den Sieg für sich reklamieren, wie beispielsweise Südosteuropa-Experte Florian Bieber in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung [hier](#) erklärt. Zu den Prognosen und möglichen Szenarien haben wir Ihnen eine Auswahl von Links in der Rubrik Tipps und Links zusammengestellt.

Slowenien

Am 11. Oktober waren die Bürger Sloweniens aufgefordert in einem Referendum über vier verschiedene Fragen abzustimmen. Wie EUalive [hier](#) berichtet, lehnten die Wähler Änderungen der Vorschriften für parlamentarische Untersuchungen ab und sprachen sich mit knapper Mehrheit gegen die Abschaffung der Rundfunkgebühr aus. Angenommen wurden hingegen die Vorschläge zur Einführung von gemeinnütziger Arbeit für Sozialhilfeempfänger sowie Einschränkungen des Wahlrechts auf kommunaler Ebene für Nicht-EU-Bürger.

Ost-Ausschuss Handelszahlen Januar bis August

Der Ost-Ausschuss hat die aktuellen Handelszahlen für die 29 Länder seiner Region von Januar bis August 2026 ausgewertet. Wir haben hier für Sie die Zahlen für die Länder Südosteuropas zusammengestellt: Der Warenaustausch Deutschlands mit der Region erreichte in diesem Zeitraum ein Volumen von 67,7 Milliarden Euro und stieg damit um 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Statistiken zu allen 29 Ost-Ausschuss-Ländern finden Sie [hier](#).

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg.über Vorjahr		
	Jan-Aug 2026	Jan-Aug 2025	Jan-Aug 2026	Jan-Aug 2025	Jan-Aug 2026	Jan-Jul 2025	Einfuhr	Ausfuhr	andelsumsa
Rumänien	28.251.532	28.011.076	12.540.799	12.899.718	15.710.733	15.111.358	-2,8	4,0	0,9
Slowenien	11.047.442	10.639.721	5.831.867	5.221.482	5.215.575	5.418.239	11,7	-3,7	3,8
Bulgarien	9.141.928	8.100.717	4.797.472	3.993.793	4.344.456	4.106.924	20,1	5,8	12,9
Serbien	7.138.158	6.777.074	3.758.225	3.551.687	3.379.933	3.225.387	5,8	4,8	5,3
Kroatien	6.154.927	5.840.739	1.914.773	1.817.294	4.240.154	4.023.445	5,4	5,4	5,4
Nordmazedonien	3.048.962	3.048.127	2.210.855	2.182.292	838.107	865.835	1,3	-3,2	0,0
Bosnien und Herzegowina	1.950.040	1.793.525	1.003.480	902.778	946.560	890.747	11,2	6,3	8,7
Albanien	468.178	467.923	166.294	158.736	301.884	309.187	4,8	-2,4	0,1
Kosovo	402.264	364.331	104.935	70.054	297.329	294.277	49,8	1,0	10,4
Montenegro	140.402	157.075	11.396	15.882	129.006	141.193	-28,2	-8,6	-10,6
WB-6 Handel Gesamt	12.828.015	12.295.267	7.027.939	6.657.707	5.800.076	5.637.560	5,6	2,9	4,3
SOE Handel Gesamt	67.743.833	65.200.308	32.340.096	30.813.716	35.403.737	34.386.592	5,0	3,0	3,9
Osteuropa Handel Gesamt	381.430.454	362.822.018	176.764.639	172.365.398	204.665.815	190.456.620	2,6	7,5	5,1
Deutscher Handel Gesamt	2.025.466.990,00	1.937.272.062,00	941.535.657,00	900.091.862,00	1.083.931.333,00	1.037.180.200,00	4,6	4,5	4,6

(Copyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2026; Stand: 08.10.2026; Berechnungen des Ost-Ausschusses)

Regional Economic Prospects – Herbstprognose der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

Im September hat die EBRD neue Wirtschaftsprognosen für die von ihr betreuten Ländern vorgelegt. Für die Länder des Westlichen Balkans erwartet die Bank nach einem Wachstum von drei Prozent im Jahr 2025 ein Wachstum von durchschnittlich 3,1 Prozent im Jahr 2026 und 3,4 Prozent im Jahr 2027. Gegenüber der Juni-Prognose wurde der Ausblick für 2026 leicht um 0,1 Prozentpunkte angehoben. Als Wachstumstreiber nennt die EBRD insbesondere eine stärkere Auslandsnachfrage, höhere Investitionen und robuste Tourismuseinnahmen. Risiken ergeben sich weiterhin aus hohen Energiepreisen, Lieferkettenstörungen sowie geopolitischen Unsicherheiten. Wir haben für Sie die Herbstprognose des realen BIP-Wachstums für die Länder Südosteuropas zusammengestellt. Den Bericht finden Sie [hier](#).

	Ist-Wert			Prognose (Sep'26)		Anpassungen (Juni '26)	
	2024	2025	2026H1	2026	2027	2026	2027
Albanien	4,0	3,8	3,7	3,5	3,5	0,1	0,2
Bulgarien	3,4	3,1	2,8	2,7	2,5	0,0	0,0
Bosnien und Herzegowina	3,2	2,1	2,2	2,1	2,8	-0,3	0,0
Kosovo	4,6	3,6	5,4	3,5	3,9	0,0	0,0
Kroatien	3,8	3,4	1,9	2,4	2,5	-0,3	0,0
Montenegro	3,2	2,7	3,2	3,1	3,0	0,2	0,0
Nordmazedonien	3,0	3,5	3,7	3,3	3,2	0,3	0,0
Rumänien	0,8	0,7	-0,8	-0,2	1,8	0,0	0,0
Serbien	3,9	2,0	3,5	3,1	3,8	0,3	0,0
Slowenien	1,7	1,1	4,1	3,6	2,2	1,6	0,0
Durchschnitt SOE	3,2	2,6	3,0	2,7	2,9	0,2	0,0
Durchschnitt WB6	3,7	3,0	3,6	3,1	3,4	0,1	0,0

(Quelle: Regional Economic Prospects September 2026, EBRD)

Kommende Veranstaltungen

- **Nur für Mitglieder: 21. bis 23. Oktober: Ost-Ausschuss-Delegationsreise nach Bulgarien.** Das Angebot richtete sich an unsere Mitgliedsunternehmen. Die Reisevorbereitungen sind abgeschlossen.
- **21. Oktober:** Gemeinsam mit dem Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) veranstaltet die ProCredit Bank Deutschland ein **Webinar zum Thema Wertschöpfungsketten und Potentialen für die Gewinnung von Zulieferern** aus den Ländern Ost- Und Südosteuropas. Weitere Infos finden Sie [hier](#) auf LinkedIn.
- **28. bis 30. Oktober: 3. Deutsch-Kosovarisches Wirtschaftsforum, Prishtina**
Gemeinsame Veranstaltung mit der Kosovarisch-Deutschen Wirtschaftsvereinigung (KDWV - OEGJK); Das Programm konzentriert sich auf drei Bereiche: Digitale Transformation und KI; Energiewende, grüne Industrie und nachhaltige Infrastruktur; sowie fortschrittliche Fertigung und Lieferketten. In Vorträgen und Branchendiskussionen wird diskutiert, wie Unternehmen auf den wirtschaftlichen Wandel reagieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit erschließen können.
Informationen zum Programm und den Anmeldemöglichkeiten finden Sie auf der OA-Website [hier](#).
- **Nur für Mitglieder: 23. bis 26. November: Ost-Ausschuss-Delegationsreise nach Slowenien** Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website [hier](#).
- **Nur für Mitglieder: 9. Dezember, 09:30 bis 11:00 Uhr: 4. Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa** des Ost-Ausschusses, Online. Die Einladung zur Sitzung senden wir Ihnen als Mitgliedsunternehmen rechtzeitig vor dem Sitzungstermin zu.



Weitere Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie über die Ankündigungen auf unserer Website oder als Mitglied direkt per Rundschreiben auf dem Laufenden.

Tipps & Links

- Deutschlandfunk Kultur Podcast Weltzeit „Wahlen in Serbien – Die Studenten schaffen Wechselstimmung“ [Wahlen in Serbien - Die Studenten schaffen Wechselstimmung](#)
- Im Journal für Internationale Politik und Gesellschaft, kurz IPG, wurde am 15. Oktober eine Analyse zu den anstehenden Wahlen in Serbien und möglichen Szenarien zum Wahlausgang veröffentlicht. [Europa: Serbien-Wahl 2026: Warum die EU jetzt handeln muss | IPG Journal](#)
- Auch die Friedrich Naumann Stiftung (FNF) hat eine Vorwahlenanalyse Serbien 2026 unter dem Titel Serbien vor der Entscheidung einer Generation veröffentlicht. Das Dokument finden Sie auf der Seite der FNF [hier](#).
- **Podcast der AHK Rumänien:** Am 14. September hat die AHK Rumänien die neue Folge des Podcast BusinessWise online gestellt. In der aktuellen Folge spricht AHK Geschäftsführer Sebastian Metz mit Volker Raffel, CEO von e.on Romania und Präsident der AHK Rumänien über die Zukunft des rumänischen Energiemarkts. Diese und anderen Folgen des Podcast finden Sie hier: [AHK Podcast BusinessWise](#)
- Weltbank: Western Balkans Regular Economic Report, Spring 2026: Schwerpunktthema der Frühjahrsausgabe ist das ungenutzte Arbeitskräftepotenzial in der Region. Darüber hinaus finden Sie dort Analysen zu Konjunkturentwicklung und Wachstumsaussichten in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. Die Studie finden Sie [hier](#)
- OECD: Economic Convergence Scoreboard for the Western Balkans 2026: Pünktlich zum Treffen der Wirtschaftsminister im Rahmen des Berlin Prozesses legt die OECD am 30. September 2026 die aktuelle Ausgabe des „Economic Convergence Scoreboard“ vor. Die Studie bewertet die Fortschritte der Westbalkanländer bei Infrastruktur, Digitalisierung, Fachkräften, Investitionsklima und grüner Transformation und bietet zahlreiche vergleichbare Kennzahlen für die Region. Das Dokument finden Sie [hier](#).
- Bruegel-Studie: Integration der Länder des Westlichen Balkans in europäische Lieferketten: Im Arbeitspapier 09/2026 (veröffentlicht am 15. Mai) untersuchen die Autoren welche regulatorischen und praktischen Hürden die stärkere Einbindung der Länder des Westlichen Balkans in die EU-Lieferketten bremsen. Die Analyse enthält konkrete Empfehlungen zum Abbau von nicht tarifären Handelshemmnissen. Das Dokument finden Sie [hier](#).

Aktuelles aus der Südosteuropa Gesellschaft

- **26. Oktober: Wirtschaftstalk Südosteuropa: Der Euro in Bulgarien – ein Realitätscheck!** Eine gemeinsame Veranstaltung der SOG mit der IHK München und Oberbayern. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie [hier](#)

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen sowie die Möglichkeit den Newsletter zu abonnieren oder auch die wöchentlich erscheinende Presseschau zu Südosteuropa, finden Sie auf der Website der SOG [hier](#).

Aktuelle Veröffentlichungen der GTAI zur Region

- GTAI-Korrespondent Hans-Jürgen Wittmann hat die aktuellen Aktivitäten der Länder des Westlichen Balkans zur Modernisierung der Wasserwirtschaft zusammengetragen. Der Bericht ist am 22. September erschienen und über diesen Link abrufbar: [Westbalkanländer modernisieren ihre Wasserwirtschaft](#)

Weitere Beiträge finden Sie ebenfalls auf der Seite der GTAI.

Wichtige Quellen mit aktuellen Informationen zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWV\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weitere Informationen zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), [LinkedIn](#), [Instagram](#) und [Facebook](#).

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge und Informationen+++

Sie möchten Mitglied im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft werden? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie! Denn dieses Angebot steht allen deutschen Unternehmen sowie deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen offen. Der Ost-Ausschuss öffnet Ihnen die Türen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, auf die fast ein Fünftel des deutschen Außenhandels entfällt. Der Ost-Ausschuss bietet Ihnen regionale Arbeits- und Informationskreise, spannende Projekte wie die Unternehmensplattform Grüne Transformation und den Service Desk Ukraine sowie weit über 100 Fachveranstaltungen im Jahr.

Wir bieten Ihnen nicht nur aktuelle und teils exklusive Länder- und Brancheninformationen, sondern wir unterstützen Sie auch aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilaterale Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in die Region. Als Mitglied profitieren Sie von unseren engen Kontakten zur Bundesregierung und den Regierungen unserer Zielländer. Und das Beste: Eine Mitgliedschaft ist günstiger, als Sie denken, und zahlt sich schnell aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerks in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft.

Kontakt



Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-130

a.quiring@oa-ev.de



Kathrin Enzenhofer

Assistentin der Regionaldirektion Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-131

k.enzenhofer@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für die Inhalte externer Webseiten, auf die wir mittels Hyperlinks verweisen, nicht verantwortlich. Zum Zeitpunkt der Verlinkung waren keine rechtswidrigen Inhalte erkennbar. Auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung sowie die Inhalte der verlinkten Seiten haben wir keinen Einfluss. Wir machen uns die Inhalte nicht zu eigen. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte für Rechtsverletzungen nicht zumutbar.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Pressekontakt

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

A.Metz@oa-ev.de
T. +49 30 206167-120

www.ost-ausschuss.de

